



Geförderte Universitätsprojekte 2013

Universität Wien



MMag. Dr. Martin MEISSNITZER



Fakultät für Rechtswissenschaften

Institut für Strafrecht und Kriminologie

Lohndumping und Compliance

Mit der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts für Angehörige der EU-8-Staaten am 1. Mai 2011 trat auch das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz in Kraft (BGBl I 24/2011), das erstmals in der österreichischen Rechtsgeschichte eine behördliche Kontrolle der Einhaltung von Mindestentgeltstandards mit sich brachte. Kernbestimmung der neuen Regelungen stellt der Verwaltungsstraftatbestand der Unterentlohnung gem § 7i Abs 3 AVRAG dar, der bei Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften empfindliche Geldstrafen vorsieht. Eine Strafbarkeit nach § 7i Abs 3 AVRAG besteht jedoch nur subsidiär zu einer allenfalls verwirklichten gerichtlichen Strafbarkeit der einschlägigen Tat. Während Auseinandersetzungen über Entgeltansprüche traditionellerweise *inter partes* auf dem Zivilrechtsweg auszufechten waren, erlangt das öffentliche Recht durch die Neuregelung im Bereich des Lohndumpings eine maßgebliche Bedeutung und erhöht das Haftungsrisiko von Arbeitgebern beträchtlich.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden behördlichen Kontrolle von Lohndumping werden im Rahmen des Forschungsprojekts bisher kaum beachtete Rechtsfragen behandelt, die für die Bewertung des verwaltungs- und kriminalstrafrechtlichen Arbeitgeberberrisikos von entscheidender Bedeutung sind. Neben einer umfassenden Behandlung der praktisch besonders relevanten Verwaltungsstrafbestimmung des § 7i Abs 3 AVRAG werden dabei auch die Reichweite einschlägiger gerichtlicher Tatbestände wie des Sachwuchers (§ 155 StGB), des Betrugs (§ 146), des Menschenhandels (§ 104a StGB), der Ausbeutung von Fremden (§ 116 FPG), der Illegalen Ausländerbeschäftigung



(§ 28c AuslBG) sowie deren Zusammenwirken mit den verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes geklärt. Die Ergebnisse des Projekts sollen als Leitfaden für Compliancemaßnahmen zur Haftungsvermeidung wegen Lohndumpings Anwendung finden.

Der Endbericht des Projektes liegt in der Bibliothek der Wirtschaftskammer Wien auf